

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/5961**

Der Ministerpräsident | Staatskanzlei
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Chief Information Officer (CIO)

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Thomas Rother, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Ihr Zeichen: ./.
Ihre Nachricht vom: ./.
Mein Zeichen: StK CIO
Meine Nachricht vom: ./.

Sven Thomsen
sven.thomsen@stk.landsh.de
Telefon: 0431 988-3005
Telefax: 0431 988-611-3005

Nachrichtlich:
Frau Präsidentin
des Landesrechnungshofs
Dr. Gaby Schäfer
Berliner Platz 2
24103 Kiel

Gesehen und weitergeleitet
Kiel, 02.05.2016



über das
Finanzministerium des
Landes Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel

25. April 2016

Bemerkungen 2012 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2010; Bericht und Beschlussempfehlungen zu den Voten des Finanzausschusses vom 08.12.2012 (Drucksache 18/323) – aktueller Sachstandsbericht des ZIT SH; hier: Fortschreibung des Sachstandes zu Nr. 4 des Umdrucks 18/5331

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

es besteht eine laufende Berichtspflicht des Zentralen IT-Managements (ZIT SH) zu verschiedenen Themen der IT aufgrund der Beschlussfassungen der Voten des Finanzausschusses 2012. Einen aktuellen Sachstand zu den Themenfeldern habe ich Ihnen mit Schreiben vom 01.12.2015 (Umdruck 18/5331) zugeleitet.

Unter der Überschrift „Abgrenzung der IT-Kosten“ hatte ich angekündigt, im Februar 2016 eine automatisierte Personalumfrage IT zu starten, um detaillierte Kenntnisse über die Aufgabenstruktur des IT-Personals des Landes Schleswig-Holstein zu gewinnen.

Auf Basis der erhobenen Daten sollte ein Organisations- und Personalkonzept für die IT geschrieben und von der Landesregierung verabschiedet werden. Ziel sollte es sein, zu qualifizieren, welches Personal mit Aufgaben zu Dataport geht (Outsourcing), welches Personal mit Aufgaben ins ZIT geht (Kompetenzzentren) und welches Personal in den Ressorts verbleibt (Vor-Ort-Service). Die daraus resultierende Umsetzungsstrategie für die kommenden Jahre, sollte von der Landesregierung in Abstimmung mit dem Hauptpersonalrat und mit der Aufgabe zum Stellenabbaupfad die Grundlage für ein übergreifendes Handeln werden. Die Umfrage – in Folge mit dem Personal- und Organisationskonzept – hätte zudem die Empfehlungen des LRH unterstützt.

Mit den Programmen zur Reorganisation der IT unter Verlagerung operativer IT-Aufgaben zu Dataport in der Steuerverwaltung (SteuerPC: ca. 5.000 Arbeitsplätze (AP)), der Landespolizei (PITA: ca. 5.000 AP) und im Zuständigkeitsbereich des MELUR (Ze-BIS: ca. 2.000 AP) sind bereits umfangreiche Aufgabenanalysen mit Personalbezug vorgenommen und auch mit Aufgabenverlagerungen Richtung Dataport umgesetzt worden. Mit dem Projekt „Neue IT-Organisation Justiz“ (ca. 5.000 AP) werden aktuell entsprechende Überlegungen im Bereich der Gerichte, Staatsanwaltschaften und des Justizvollzugs vorgenommen. Auch dort liegen bereits umfangreiche Personalerhebungen und Aufgabenanalysen vor. Somit ist die IT-Organisation von den ca. 25.000 APen in der Landes- und Justizverwaltung in SH bereits für 17.000 AP (also 68%) in entsprechenden Projekten analysiert bzw. reorganisiert und umgesetzt.

Für die IT-Organisation der verbliebenen 32% sollen zunächst das Konzept für einen vollständig durch Dataport verwalteten Standardarbeitsplatz („fully managed desktop“ in +1, Neugestaltung +1.service) und eine Ziel-Prozesslandkarte erstellt und abgestimmt werden. Im Rahmen der Umsetzung der oben genannten Konzepte wird das zentrale IT-Management dann prüfen, ob eine Personalumfrage für die verbliebenen Bereiche noch erforderlich ist oder diese Erhebung im Rahmen von Umsetzungsprojekten erfolgen kann.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Sven Thomsen